

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

IV. Quartal 2012

Abgeschlossen am 31. Dezember 2012 • E-Mail-Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Gegen Jahresende 2012 erreichen die Staatsschulden der USA mit 16,4 Bio. \$ die im Budget Control Act 2011 vorgesehene Obergrenze. Präsident Obama verhandelt mit dem Senat ein Kompromissbudget, um zu vermeiden, dass die automatisch vorgesehenen Budgetkürzungen ("fiscal cliff") wirksam werden und eine nationale wie internationale Konjunkturdämpfung auslösen könnten. Kurz nach Jahresbeginn stimmt auch das Repräsentantenhaus zu, sodass gravierende Budgetkürzungen für zwei Monate abgewendet werden können. – Der Europäische Stabilitätsmechanismus tritt Anfang November in Kraft. Eine schnelle Umsetzung der einheitlichen Europäischen Bankenaufsicht ist Voraussetzung, damit das Instrument direkt für unterkapitalisierte Banken zur Verfügung steht – ein wichtiger Schritt, um die Verkettung von Finanzmarkt- und Schuldenkrise aufzulösen. Nach langen Verhandlungen und dem erfolgreichen Rückkaufprogramm der Anleihen Griechenlands wird die zweite Tranche der Griechenlandhilfe aus dem EFSF freigegeben.

Ausland

2. Oktober: Eine hochrangige Expertenkommission unter der Führung des Präsidenten der finnischen Zentralbank Erkki Liikanen erarbeitet Vorschläge zur Neustrukturierung des Bankensektors in der EU. Die rechtliche Trennung des risikoreichen Bankgeschäftes vom Einlagengeschäft unter Beibehaltung des Universalbankensystems wird empfohlen¹⁾.

EU: Liikanen-Kommission

3. Oktober: Die Europäische Kommission präsentiert einen Vorschlag von 12 vorrangigen Maßnahmen zur Förderung des Wachstums in den Bereichen Verkehrs- und Energienetze, Mobilität von Personen und Unternehmen, digitale Wirtschaft und soziales Unternehmertum, Zusammenhalt und Verbrauchervertrauen²⁾.

EU: Förderung des Wachstums

8. Oktober: Die Euro-Länder setzen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Kraft. Dieses Instrument soll langfristig die Zahlungsfähigkeit der Euro-Länder und ihrer Banken sicherstellen. Für Finanzhilfe an ansuchende Euro-Länder steht ein Kreditvolumen von 500 Mrd. € zu Verfügung. Die Hilfe wird für Kredite an Euro-Staaten, Finanzhilfe für Banken sowie in Ausnahmefällen auch für den Ankauf von Staatsanleihen gewährt. Der europäische Stabilitätsmechanismus verfügt über ein Stammkapital von 700 Mrd. € (direkten Einzahlungen 80 Mrd. €, Garantien der Euro-Länder 620 Mrd. €). Bewertung und Überwachung liegen bei der "Troika" (Europäische Kommission, EZB, IWF).

Euro-Länder: ESM

¹⁾ High-level Expert Group on reforming the structure of the EU banking sector, chaired by Erkki Liikanen, Final Report, Brüssel, 2012, http://ec.europa.eu/internal_market/bank/docs/high-level_expert_group/report_en.pdf.

²⁾ European Commission, Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, COM(2012) 573 final, Brüssel, 2012, http://ec.europa.eu/internal_market/smart/docs/single-market-act2_en.pdf.

Übersicht 1: Beteiligung der Mitgliedsländer am ESM

	ESM-Schlüssel In %	Zahl der Anteile	Kapitalzeichnung Mio. €
Belgien	3,4771	243.397	24.339,7
Deutschland	27,1464	1.900.248	190.024,8
Estland	0,186	13.020	1.302,0
Irland	1,5922	111.454	11.145,4
Griechenland	2,8167	197.169	19.716,9
Spanien	11,9037	833.259	83.325,9
Frankreich	20,3859	1.427.013	142.701,3
Italien	17,9137	1.253.959	125.395,9
Zypern	0,1962	13.734	1.373,4
Luxemburg	0,2504	17.528	1.752,8
Malta	0,0731	5.117	511,7
Niederlande	5,717	400.190	40.019,0
Österreich	2,7834	194.838	19.483,8
Portugal	2,5092	175.644	17.564,4
Slowenien	0,4276	29.932	2.993,2
Slowakei	0,824	57.680	5.768,0
Finnland	1,7974	125.818	12.581,8
Insgesamt	100	7.000.000	700.000,0

Q: Europäische Kommission.

EU: Herbsttagung

19. Oktober: Anlässlich der Herbsttagung in Brüssel einigen sich die EU-Länder, den Rechtsrahmen für eine einheitliche Bankenaufsicht noch 2012 fertigzustellen, damit diese ihre Tätigkeit 2013 aufnehmen kann. Dies gilt als Voraussetzung, damit Banken direkt beim ESM rekapitalisiert werden können und somit den Staatshaushalt nicht belasten. Für Länder, die am Aufsichtsmechanismus teilnehmen, werden ein einheitliches Einlagensicherungssystem und ein Bankensanierungs- und -abwicklungssystem ausgearbeitet. Durch eine Ankurbelung der Investitionen, die Vertiefung des Binnenmarktes und das ein Jahr zuvor gestartete Programm "Connecting Europe" sollen Wachstum und Beschäftigung beschleunigt werden.

Rosneft: BP, AAR

23. Oktober: Der russische Erdölkonzern Rosneft kauft von BP und AAR je 50% der Anteile des russischen Gemeinschaftsunternehmens TNK-BP und wird dadurch zum weltweit größten börsennotierten Erdölunternehmen. BP beteiligt sich mit 19,75% an Rosneft und erhält 17 Mrd. \$, AAR wird mit 28 Mrd. \$ entschädigt.

USA: Hurrikan "Sandy"

29. Oktober: Der Hurrikan "Sandy" erreicht die Ostküste der USA und verursacht in acht Bundesstaaten Schäden im Ausmaß von 50 Mrd. \$. In über 8 Mio. Haushalten fällt die Stromversorgung aus. In Manhattan bleiben der Flughafen, die U-Bahn und die Börse einige Tage geschlossen.

Schweiz: UBS

30. Oktober: Im Rahmen eines Kostensenkungsprogrammes von insgesamt 5,4 Mrd. SFR (4,5 Mrd. €) wird die Schweizer Großbank UBS bis 2015 weltweit 10.000 Arbeitsplätze einsparen.

Griechenland: Verschuldung

31. Oktober: Die griechische Regierung korrigiert die Prognose für das Staatsdefizit 2013 von 4,2% des BIP auf 5,3% des BIP. Die Gesamtverschuldung wird 189% des BIP und nicht wie zuvor angenommen 175% ausmachen. Die Regierung rechnet 2013 zum sechsten Mal in Folge mit einer Rezession (BIP 2013 -4,5%).

G-20-Treffen

5. November: Anlässlich des G-20-Treffens in Mexiko dominiert die Sorge um die weltweiten Finanz- und Fiskalprobleme. Sollte in den USA keine Einigung über weitere Budgetmaßnahmen zustande kommen, drohen automatische Budgetkürzungen von 600 Mrd. \$ ("fiscal cliff"). Der IWF warnt in Folge vor einer weltweiten Rezession. Eine 2009 vereinbarte Vereinheitlichung der Buchhaltungsregeln zur Vergleichbarkeit von Bilanzen börsennotierter Unternehmen soll bis 2015 umgesetzt werden³⁾. Um die Möglichkeiten für Steuerflucht einzuschränken, fordern Deutschland und Frankreich weltweite Standards in der Konzernbesteuerung, jedoch wollen sie den Steuerwettbewerb beibehalten. Die Regulierung des außerbörslichen Derivatehandels über ei-

³⁾ Derzeit gelten in den USA die Buchhaltungsregeln des Financial Accounting Standard Board (FASB), in der EU und vielen anderen Ländern jene des International Accounting Standard Board (IASB).

nen elektronischen Handel, die für 2012 vorgesehen war, soll möglichst schnell umgesetzt werden.

7. November: Die französische Regierung beschließt, die Besteuerung von Unternehmen um 20 Mrd. € zu senken, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken. Diese Maßnahme soll je zur Hälfte über Einsparungen im öffentlichen Sektor und über eine Anhebung der Mehrwertsteuersätze kompensiert werden. Der allgemeine Satz der Mehrwertsteuer wird von 19,6% auf 20% erhöht, der Satz für das Gastgewerbe von 7% auf 10%. Für Basisgüter wird der Mehrwertsteuersatz um 0,5 Prozentpunkte auf 5% herabgesetzt.

8. November: Das griechische Parlament stimmt für ein Maßnahmenpaket, um das mittelfristige Finanzprogramm 2013-2016 zu realisieren. Für 2013 sind demnach Einsparungen von 18,8 Mrd. € geplant (+4,5 Mrd. €). Diese Konsolidierungsmaßnahme sowie Liberalisierungsreformen sind Bedingungen der Troika für die Auszahlung einer weiteren Kredittranche von 31,5 Mrd. € aus dem EFSF. 2014 soll ein Primärüberschuss des Staatshaushaltes von 4,5% des BIP erreicht werden. Das Sparpaket umfasst eine Anhebung des Pensionsantrittsalters auf 67 Jahre, eine neuerliche Kürzung der Pensionen um 5% bis 15%, weitere Entlassungen von öffentlich Bediensteten (unmittelbar 2.500, in den folgenden Quartalen 6.000) sowie Gehaltskürzungen und den Wegfall von Weihnachts- und Urlaubsgeld im öffentlichen Dienst. Die Abstimmung wird von einem 48-stündigen Generalstreik begleitet.

14. November: In Spanien, Italien, Portugal, Belgien, Frankreich, Deutschland und Griechenland reagiert die Bevölkerung mit Streiks und Demonstrationen auf die durch die Schuldenkrise bedingten Einsparungsmaßnahmen der öffentlichen Hand. Die spanische Regierung will einen Sozialfonds für Härtefälle einrichten, um auf De-logierung und Verarmung zu reagieren. Seit Ausbruch der Wirtschaftskrise wurden 400.000 Zwangsräumungen beschlossen und die Hälfte davon bisher durchgeführt.

19. November: Die Kreditwürdigkeit Frankreichs wird von der Ratingagentur Moody's um eine Stufe auf Aa1 herabgesetzt.

20. November: Anlässlich des EU-Finanzministertreffens herrscht Uneinigkeit über die Auszahlung einer weiteren Tranche der Finanzhilfe für Griechenland. Dem griechischen Staat droht mit Jahresende die Zahlungsunfähigkeit.

23. November: Das EU-Gipfeltreffen zum mehrjährigen Haushalt der Union endet ohne Einigung, die Entscheidung wird aufgeschoben.

27. November: Die Finanzminister der Euro-Länder (Euro-Gruppe) einigen sich über weitere Hilfsmaßnahmen für Griechenland, um die 2013 und 2014 zusätzlich zu erwartende Finanzierungslücke von 14 Mrd. € zu schließen und damit der Verunsicherung entgegenzuwirken. Das Hilfspaket umfasst eine Senkung der Zinssätze für die bilateralen Hilfskredite des ersten Griechenlandprogrammes (0,9 Mrd. € bis 2014) um 100 Basispunkte. Die Abschaffung der Garantiegebühr für Kredite des EFSF trägt 0,2 Mrd. € bei. Die 10-jährige Stundung von Zinszahlungen für Kredite des EFSF wird mit 4,1 Mrd. € veranschlagt. Weitere 4,1 Mrd. € werden aus den Gewinnen des Ankaufsprogrammes der EZB für griechische Staatsanleihen kommen. Die Laufzeit für bilaterale Hilfskredite und EFSF-Darlehen wird um 15 Jahre verlängert.

Der Europäische Gerichtshof lehnt eine Klage eines Abgeordneten zum Europäischen Parlament gegen den ESM wegen Verstoßes gegen die No-Bail-out-Klausel⁴⁾ des Lissaboner Vertrages ab.

30. November: Die japanische Regierung beschließt ein Konjunkturprogramm im Ausmaß von 1,2 Bio. Yen (über 10 Mrd. €), das auf die Förderung von Klein- und Mittelbetriebe ausgerichtet ist und 80.000 Arbeitsplätze schaffen soll. Ende Oktober wurde ein Konjunkturpaket im Umfang von 4 Mrd. € beschlossen.

3. Dezember: Die spanische Regierung beantragt beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) die Auszahlung einer ersten Tranche von 39,5 Mrd. € der zur Rekapitalisierung der Banken zugesagten Mittel von 100 Mrd. €. Die Summe wird am

Frankreich: Steuern

Griechenland: Sparpaket

EU: Schuldenkrise

Frankreich: Rating

Griechenland: Finanzhilfe

EU-Gipfel

Euro-Gruppe: Griechenland

Europäischer Gerichtshof:
ESM

Japan: Konjunkturprogramm

Spanien: ESM

⁴⁾ Die No-Bail-out-Klausel schließt eine Haftung aller Mitgliedsländer für Verbindlichkeiten anderer Mitgliedsländer aus.

11. Dezember an den Fondo de Reestructuración Ordenado Bancaria (FROB) ausgezahlt.

Slowakei: Flat Tax

6. Dezember: Das Parlament der Slowakei beschließt die Einführung weiterer Einkommensteuersätze mit Anfang 2013 und geht damit von der bisher geltenden Flat Tax von 19% ab. So werden ab 2013 Unternehmensgewinne mit 23% und Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit bis 3.300 € pro Monat mit 19%, darüber mit 25% besteuert. Die Regierung erwartet Mehreinnahmen von 350 Mio. € bis 400 Mio. € für das Budget.

UNO-Klimakonferenz

8. Dezember: 200 Teilnehmerländer der UNO-Klimakonferenz in Doha stimmen für die Verlängerung des Kyoto-Protokolls bis 2020. Ein neues Klimaabkommen soll bis 2015 erarbeitet werden.

EU: Friedensnobelpreis

10. Dezember: Der Präsident der Europäischen Kommission Barroso, der Präsident des Europäischen Rates Van Rompuy und der Präsident des Europäischen Parlaments Schulz nehmen im Namen der Europäischen Union den Friedensnobelpreis 2012 entgegen. Der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ergeht an Alvin E. Roth und Lloyd S. Shapley für ihre Arbeit zur Allokationstheorie.

Opel: Werksschließung

Die Konzernleitung des Autoherstellers Opel gibt die Schließung des Werkes in Bochum im Jahr 2016 bekannt. Von diesem Kapazitätsabbau sind 3.300 Arbeitskräfte betroffen⁵⁾.

EU: Bankenaufsicht

12.-13. Dezember: Die Finanzminister der EU einigen sich, eine zentrale Bankenaufsicht zu errichten. Die neue Aufsichtsbehörde dient der einheitlichen Kontrolle von systemrelevanten Banken (Bilanzsumme von mehr als 30 Mrd. € oder 20% des BIP eines Landes) und öffentlich gestützten Kreditinstituten und wird bei der EZB angesiedelt sein.

Griechenland: Finanzhilfe

13. Dezember: Nach monatelangen Überprüfungen und Verzögerungen wird die zweite Tranche aus der European Financial Stability Facility (EFSF) für Griechenland im Ausmaß von 49,1 Mrd. € freigegeben. Vorausgegangen ist ein Programm zum Rückkauf von Anleihen durch Griechenland, bei dem Papiere im Nominalwert von 31,9 Mrd. € zu einem Durchschnittswert von 33,8 Cent pro € erworben werden konnten. Dafür werden 11,3 Mrd. € dieser Tranche verwendet. Bis Jahresende werden 16 Mrd. € zur Rekapitalisierung der griechischen Banken und 7 Mrd. € zur Finanzierung des Haushaltes ausgezahlt, im I. Quartal 2013 weitere 7,2 Mrd. € für die Banken und 7,6 Mrd. € zur Verwendung für den Staatshaushalt.

Europäischer Rat

14. Dezember: Der Europäische Rat legt einen Fahrplan zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion vor. Die Einigung der Finanzminister zur Europäischen Bankenaufsicht wird bestätigt. Eine einheitliche Insolvenzregelung für Banken soll erarbeitet werden. Bis Mitte 2013 soll der institutionelle Rahmen für die Rekapitalisierung der Banken über den ESM geschaffen werden. Um die Umsetzung von Maßnahmen zur Intensivierung des Wettbewerbes zu sichern, werden "Reformverträge" anstelle der bisherigen Empfehlungen angedacht. Ein Solidaritätsmechanismus soll die Länder in diesen Reformen finanziell unterstützen.

China

15.-16. Dezember: Die neue chinesische Führung setzt die jährlichen wirtschaftspolitischen Leitlinien fest. Ziel ist es ein gesundes und nachhaltiges Wachstum, wobei die Wachstumsimpulse vorwiegend durch die Inlandsnachfrage und Innovationen und weniger durch Exporte und Infrastrukturinvestitionen gesetzt werden sollen.

Kroatien: Rating

16. Dezember: Die Ratingagentur Standard & Poor's setzt das Rating Kroatiens um eine Stufe auf BB* herab und entzieht dem Land das Gütesiegel "Investment Grade". Im Sommer 2013 wird Kroatien der EU beitreten.

Schweiz: UBS

19. Dezember: Infolge des LIBOR-Skandals⁶⁾ wird die Schweizer Großbank UBS zu Strafzahlungen im Ausmaß von 1,4 Mrd. SFR (1,15 Mrd. €) an die Finanzaufsichtsbe-

⁵⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2009", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(1), S. 32, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/38123>.

⁶⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2012", WIFO-Monatsberichte, 2012, 85(10), S. 785, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/45581>.

hörden der Schweiz, Großbritanniens und der USA verpflichtet. Einige Wochen zuvor wurde der Bank Barclays eine Strafe von 450 Mio. \$ auferlegt.

Ende Dezember: Der Senat der USA stimmt für einen Kompromisshaushalt, um den gesetzlichen Automatismus von drastischen Budgetkürzungen im Ausmaß von 1,2 Bio. \$ über 10 Jahre kurzfristig für die folgenden zwei Monate zu verhindern. Dennoch werden in diesem Zeitraum Einsparungen im Verteidigungsbudget und anderen Ressorts von 12 Mrd. \$ und Mehreinnahmen im öffentlichen Haushalt von ebenfalls 12 Mrd. \$ wirksam. Aus der erhöhten Steuerbelastung von Wohlhabenden werden in den kommenden zehn Jahren Einnahmen von 600 Mrd. \$ erwartet. Der Spitzensteuersatz für Jahreseinkommen über 400.000 \$ (Einzelpersonen; Familien: 450.000 \$) wird von derzeit 35% auf 39,6% erhöht. Ab diesen Einkommensgrenzen werden auch Kapitalerträge und Dividenden mit 20% statt bisher 15% besteuert. Ausnahmen für Einkommen über 250.000 \$ werden gestrichen. Für 2 Mio. Bürger und Bürgerinnen werden die Zahlungen der Arbeitslosenversicherung um ein Jahr verlängert. Steuerbegünstigungen für Kinder und Erziehung werden bis 2018 verlängert. Das Repräsentantenhaus stimmt am 3. Jänner zu.

Die USA erreichen gegen Jahresende die Schuldenobergrenze von 16,4 Bio. \$.

Die letzte Etappe der Haushaltsrechtsreform wird im Bundesfinanzgesetz 2013 umgesetzt. Anlässlich der Regierungsklausur in Laxenburg werden wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen entschieden. Eine Ausweitung der Pendlerpauschale tritt mit 2013 in Kraft.

9. November: Ergebnis der Regierungsklausur in Laxenburg sind ein Wirtschaftspaket, ein Finanzmarktpaket, ein Fachkräftepaket, ein Sozialpaket und ein Gesundheitspaket sowie die Vorhaben zur Reform von Schulen und Universitäten⁷⁾.

Ab 2013 stehen Jungunternehmern und Jungunternehmerinnen über einen Gründungsfonds 10 Mio. € pro Jahr und über einen Business-Angel-Fonds 15 Mio. € zur Finanzierung zu Verfügung. Die Förderung erfolgt in Kooperation mit dem European Investment Fund und wird vom Austria Wirtschaftsservice (AWS) administriert.

Eine Reform der GmbH sieht die Herabsetzung des Mindestkapitals von derzeit 35.000 € auf 10.000 € und der Mindest-Körperschaftsteuer von 1.750 € auf 500 € vor.

Die Einführung eines Krankengeldes für Selbständige ab dem 43. Krankenstandstag sowie die Erhöhung des Wochengeldes für selbständige Frauen auf 50 € täglich sind vorgesehen.

Die Invaliditätspension soll neu geregelt werden und nur noch Personen zur Verfügung stehen, die nicht mehr in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Vorübergehend Invalide erhalten von der Krankenkasse ein verlängertes Krankengeld und von der Pensionsversicherung medizinische Rehabilitationsleistungen.

Eine Verbesserung der Notstandshilfe vorwiegend für Frauen bedeutet die Anhebung des Freibetrages bei der Anrechnung auf das Partnereinkommen.

Eine gesetzliche Neuregelung der Studienbeiträge soll die Rechtssicherheit für die Universitäten erhöhen. Über eine Novelle der Studienförderung wird die Unterstützung der Studierenden angehoben.

Die kapazitätsorientierte studierendenbezogene Studienplatzfinanzierung und Zugangsregeln sollen die Betreuungssituation in besonders stark nachgefragten Studienfeldern verbessern.

16. November: Das Bundesfinanzgesetz für 2013 sowie die Änderungen des Bundesfinanzrahmengesetzes 2013 bis 2016 werden im Nationalrat beschlossen. Mit diesem Budget ist die Haushaltsrechtsreform vollständig umgesetzt. Jedes Ressort zeigt im Bundesvoranschlag 2013 systematisch auf, welche Ergebnisse mit den Budgetmitteln erreicht werden sollen (Wirkungsorientierung). Gleichzeitig werden nicht nur die liquiden Mittel, sondern auch der Ressourcenverbrauch dargestellt, um eine bessere

USA: Haushalt

Österreich

Regierungsklausur

Bundesfinanzgesetz 2013

⁷⁾ Österreich weiterbringen, Ergebnisse der Regierungsklausur, 2 Teile, Laxenburg, 2012.

Salzburg: Landeshaushalt

Pendlerpauschale

Aussagekraft zu erreichen. Der Ergebnisvoranschlag 2013 legt Aufwendungen von 74 Mrd. € und Erträge von 67,4 Mrd. € fest. Im Finanzierungsvoranschlag 2013 sind Ausgaben von 75 Mrd. € und Einnahmen von 68,7 Mrd. € vorgesehen. Das öffentliche Defizit (Maastricht-Definition) beträgt 2,3%⁸⁾ des BIP, das strukturelle Defizit 1,2% des BIP. Die Verschuldungsquote erreicht laut Maastricht-Definition 75,4% des BIP⁹⁾.

6. Dezember: Der Finanzreferent der Salzburger Landesregierung informiert, dass dem Landeshaushalt aufgrund von Finanzspekulation ein Schaden von 340 Mio. € entstanden sein könnte. Untersuchungen werden eingeleitet.

11. Dezember: Der Ministerrat beschließt eine Ausweitung der Pendlerpauschale für Teilzeitarbeitskräfte ab 2013, wobei die Kilometerstaffelung und die Beträge unverändert bleiben. Anspruch auf die volle Pauschale besteht für Personen, die an mindestens 11 Tagen pro Monat Fahrtstrecken zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zurücklegen. Die neue Regelung des "Pendler-Euro" vermindert die Einkommensteuerbemessungsgrundlage zusätzlich zur Pendlerpauschale um 2 € je Kilometer Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsstätte.

Der Pendlerzuschlag (Negativsteuer) für Personen mit niedrigem Einkommen wird auf 290 € angehoben (bisher 141 €). Durch die Einführung des Pendlerausgleichsbetrages sollen Grenzfälle (Einkommensteuer bis 290 €) abgedeckt werden.

Ein vom Arbeitgeber bezahltes "Jobticket", das steuer- und sozialversicherungsmindernd wirkt, kann auch ohne Anspruch auf Pendlerpauschale in Anspruch genommen werden und soll die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel fördern.

Arbeitskräfte, die den Dienstwagen auch privat nutzen, haben in Zukunft keinen Anspruch auf die Pendlerpauschale.

⁸⁾ Das ursprünglich vorgesehene gesamtstaatliche Defizit von 2,1% erhöht sich aufgrund der Bankenhilfe.

⁹⁾ Siehe zum Bundesvoranschlag 2013 im Detail Schratzenstaller, M., "Bundesvoranschlag 2013: Konsolidierungspfad mit Unsicherheiten", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(1), S. 63-79, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46143>.